

Kristina Notz

## EU-Energiepolitik als Herausforderung für die deutsche Ratspräsidentschaft

Energiepolitik und Klimaschutz gehören derzeit zu den Topthemen auf der politischen Agenda. Die europäischen Staaten stehen vor der großen Herausforderung, ihre Energieversorgung zu sichern und mit einer nachhaltigen und wettbewerbsförderlichen Politik in Einklang zu bringen. Auf EU-Ebene beschäftigt sich daher die EU-Kommission seit geraumer Zeit intensiv mit Fragen einer wirtschaftlichen, umweltfreundlichen und sicheren Energieversorgung für Europa. Während die EU nach aktuellen Forderungen in Energiefragen künftig nach außen „mit einer Stimme“ sprechen soll, will die Kommission EU-intern die Vollendung des gemeinsamen Energiebinnenmarkt bis Juli 2007 voran treiben. Das „Energiepaket“ der Kommission bildete eine wichtige Grundlage für den Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 8./9. März 2007. Beim Frühjahrsgipfel ein Jahr zuvor hatte man veranlasst, dass unter deutschem EU-Vorsitz eine „Energiepolitik für Europa“ in Form eines nach Prioritäten gestaffelten Aktionsplans verabschiedet werden soll. Gleichwohl sind einige Punkte unter den EU-Mitgliedstaaten aufgrund nationaler Bedenken sehr umstritten. Problematisch sind zum Beispiel die eigentumsrechtliche Entflechtung der Energiekonzerne oder die verbindliche Festlegung auf Zielvorgaben beim Klimaschutz oder der Nutzung erneuerbarer Energien. Die deutsche Bundesregierung hat die Themenbereiche Energie und Klimaschutz miteinander verknüpft und zu einem zentralen Aspekt ihrer EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gemacht. In diesem Rahmen steht Bundeskanzlerin Angela Merkel als Ratsvorsitzende nun vor der schwierigen Aufgabe, die divergierenden Haltungen und Interessen der 27 EU-Mitgliedstaaten zusammenzuführen. Aufgrund seiner eigenen Interessenlage gehört Deutschland jedoch selbst zu den möglichen Störfaktoren in dem ambitionierten Vorhaben, auf EU-Ebene eine engere Kooperation in dem strategisch wichtigen und daher für die Nationalstaaten so sensiblen Politikbereich Energie herbeizuführen.

Eine der Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts ist, in welche Richtung Energiepolitik heute gelenkt wird, da die weltweite Nachfrage nach Energie stark anwächst, gleichzeitig aber die fossilen Energieträger Öl und Gas knapper werden. Auch dass die Nachfrage nach Rohstoffen die existierenden Förderkapazitäten übersteigen wird, wird vielfach problematisiert. Energiefragen reichen aufgrund ihrer Grenzenlosigkeit und der zunehmenden Interdependenz der Industrieländer zudem immer weiter in die Politikfelder von Außen, Sicherheits-, Handels- und Entwicklungspolitik hinein als bisher. Um den gewaltigen Herausforderungen im Energiebereich gerecht werden zu können, sollte Energiepolitik daher stärker in einen umfassenderen, das heißt europäischen-globalen Kontext, eingebettet werden.

Energie wird zum Schlüsselthema

### 1. Die Notwendigkeit einer europäischen Energiepolitik

In der jüngsten Zeit hat sich nicht nur der Handlungsdruck auf die EU-Staaten erhöht, ihre Energieversorgung hinsichtlich der Herkunft ihrer Energieträger sowie der Zusammensetzung ihres Energiemixes stärker zu diversifizieren. Energiepolitik in Europa muss sich heute zunehmend auch mit den politischen und wirtschaft-

Europas schwierige Energiesituation

Herausforderung für Europa

lichen Entwicklungen außerhalb der EU auseinandersetzen, da zum einen die Rohstoffe zumeist aus Ländern und Regionen kommen, die politisch instabil sind und/oder autokratisch regiert werden. Zum anderen fordern Asiens Wirtschaftsaufsteiger China und Indien mit ihrem Energiehunger und ihrer Energiepolitik den energieabhängigen Westen heraus. Die Bedeutung der außenpolitischen Dimension von Energiefragen wird angesichts dieser Aspekte immer offensichtlicher.

Abhängigkeit von Importen  
aus Russland

Die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind darüber hinaus stark vom Import ihrer Energieressourcen abhängig. Da die europäischen Einfuhren überwiegend aus Russland stammen, bestehen seit den wiederholten Unterbrechungen russischer Energielieferungen auf EU-Seite teils Verunsicherung teils ernsthafte Zweifel an der Verlässlichkeit Russlands als wichtigstem Energiepartner.

Geschlossenheit der EU  
nach innen und außen

Vor diesem Hintergrund wird die politische Notwendigkeit deutlich, dass sich die EU in Energiefragen intern künftig abstimmt und die Mitgliedstaaten stärker miteinander kooperieren, um ihre energie- und klimapolitischen Ziele zu erreichen. Vor allem aber ist es für die EU erforderlich, nach außen, also gegenüber Produzenten- und Transitländern, geschlossen aufzutreten und in Energieaußenbeziehungen mit einer Stimme zu sprechen. Die Energie-Krisen im Winter 2006/2007 verdeutlichten nicht nur die Abhängigkeit und Verwundbarkeit der Europäer, sondern auch ein politisches Defizit der EU im Energiebereich: das Fehlen einer gemeinsamen EU-Strategie.

## 2. Die EU auf dem Weg zu einer „Energiepolitik für Europa“

Roadmap für eine  
„Energiepolitik für Europa“

Nachdem zunächst beim G8-Gipfel von Gleneagles im Juli 2005 der Bedeutung von Energie- und Klimafragen auf höchster politischer Ebene Rechnung getragen wurde, ist Energiepolitik in Europa innerhalb kurzer Zeit zum Topthema avanciert. Einen wichtigen Beitrag leistete auch die Europäische Kommission mit ihrem Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ vom 8. März 2006. Darin legte die Brüsseler Behörde die Grundlage für eine europäische Energiepolitik, indem sie energiepolitische Ziele definierte und Bereiche bestimmte, in denen weitere Schritte erforderlich sind, zum Beispiel hinsichtlich Energieeffizienz oder der vollständigen Liberalisierung der Energiemärkte bis Juli 2007. Die Regierungen, die zurzeit vor allem nach erhöhter Versorgungssicherheit streben, sollen dies sowohl mit der Förderung von Wirtschaft, Innovation und Beschäftigung als auch mit einem schonenden bzw. nachhaltigen Umgang mit Klima und Umwelt in Einklang bringen.

Energie als eine Priorität der  
deutschen Präsidentschaft

Seit dem EU-Gipfel im März 2006, bei dem die Staats- und Regierungschefs erstmals von einer „Energiepolitik für Europa“ sprachen, werden in der EU Möglichkeiten und Chancen ausgelotet, eine gemeinsame Energiepolitik zu etablieren oder diese zumindest in Teilbereichen stärker von Brüssel aus zu koordinieren. Im Fokus steht dabei das Anliegen, die europäischen Energiemärkte vollständig zu liberalisieren sowie kohärente Energieaußenbeziehungen zu schaffen. Unter deutscher EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 soll dieses Vorhaben konkretisiert werden.

Die EU-Kommission wurde gleichzeitig damit beauftragt, für den Europäischen Rat am 8./9. März 2007 einen „Strategic EU Energy Review“ vorzubereiten. Diese Begutachtung der Energiestrategie soll die Vorschläge zur Schaffung einer EU-Energiepolitik enthalten. In ihrem Energiepaket vom 10. Januar 2007 plädiert daher

die Kommission für eine „neue industrielle Revolution“ mit dem übergeordneten, energiepolitischen Ziel: Die EU soll sich selbst dazu verpflichten, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Um diesen ambitionierten Vorschlag zum Klimaschutz zu realisieren, formulierte die Kommission zehn Punkte und dazugehörige Maßnahmen, von denen der erste und umfangreichste die Verbesserung und Vollendung des Energiebinnenmarktes ist. Als wichtigste Maßnahme hat sie die so genannte eigentumsrechtliche Entflechtung der großen Energieunternehmen identifiziert, welche sowohl die Energieproduktion als auch die Verteilernetze kontrollieren (Mitteilung der Europäischen Kommission: Eine Energiepolitik für Europa, KOM (2007)1 endg). Vor diesem Hintergrund wurde Energiepolitik rasch zu einem zentralen Thema der deutschen EU-Präsidentschaft.

„Strategic EU Energy Review“  
der Kommission

Reduzierung der Emissionen  
um 20% bis 2020

### 3. Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft

Im Rahmen des Ratsvorsitzes in der Europäischen Union zählt es aktuell zu den Aufgaben der deutschen Bundesregierung zu einer „Energiepolitik für Europa“ zu finden. Die Präsidentschaft strebt die Verabschiedung eines ambitionierten, nach Prioritäten gestaffelten Aktionsplans „Energie“ an. Den Fahrplan dazu haben die EU-Länder bei dem bereits erwähnten Frühjahrsgipfel vorgezeichnet. Die Bundesregierung orientiert sich in ihren Zielvorstellungen an denen der EU-Kommission und setzt sich laut Präsidentschaftsprogramm für die „Gewährleistung einer sicheren, umweltverträglichen und wettbewerbsfähigen Energieversorgung ein“: Die Vollendung des Binnenmarktes für Strom und Gas, die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien, eine engere Zusammenarbeit mit Liefer-, Transit- und Verbraucherländern und eine entwicklungsförderliche Ausgestaltung der Energiepolitik stehen für die deutsche Präsidentschaft dabei im Mittelpunkt.

Das Präsidentschaftsprogramm der Bundesregierung „Europa gemeinsam gestalten“ gibt Aufschluss über die Schwerpunkte zur Energiepolitik. Konkret sind folgende Ziele von Bedeutung:

Deutschlands  
energiepolitische Ziele

- *Die Vollendung des Binnenmarktes für Strom und Gas:* Der deutsche Vorsitz setzt sich für die vollständige Öffnung der Märkte für Strom und Erdgas auf der Grundlage einer gleichmäßigen Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben in allen EU-Mitgliedstaaten ein. Die Liberalisierung des Binnenmarktes soll bis zum 1. Juli 2007 komplett umgesetzt sein.
- *Die Stärkung der Versorgungssicherheit:* Verschiedene Maßnahmen – nach innen wie nach außen gerichtet – sollen zu diesem Ziel beitragen. Im Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit soll nach deutschen Plänen der Energieimportbedarf durch die Steigerung der Energieeffizienz, durch Einsparungen und besonders durch den Ausbau erneuerbarer Energien (auch beim Heizen und Kühlen) begrenzt werden. Deutschland will alle EU-Mitgliedstaaten dazu auffordern, die gesetzten Ziele bis 2010 zu realisieren sowie klare verbindliche Zielvorgaben bei den erneuerbaren Energien bis 2020 festlegen. Der Ausbau der internationalen Energiebeziehungen der EU soll dabei helfen, die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Deutschland will dabei regionale Akzente auf Nordafrika, den kaspischen Raum sowie Zentralasien setzen. Aber auch die weitere Ausgestaltung der Energiedialoge der EU – insbesondere mit Russland und den USA – gehört zu den energiepolitischen Inhalten der Deutschen.

Binnenmarkt für  
Strom und Gas

Ausbau erneuerbarer Energien

- Energie- und Klimapolitik gehören zusammen
- Da die Bundesregierung Klimaschutz und Energieversorgung in engem Zusammenhang begreift, hat sich Berlin zusätzlich zum Ziel gesetzt, während seiner Präsidentschaft eine integrierte Debatte über Energie- und Klimapolitik zu führen.
- EU will Dialoge über Energie weltweit führen
- *Schaffung einer kohärenten EU-Energieaußenpolitik:* Besonders hinsichtlich der Vertretung europäischer Interessen gegenüber Lieferländern wird in der EU eine einheitliche Linie gefordert. Die EU strebt an, ihre energiepolitische Zusammenarbeit mit den Produzenten-, Förder- und Transitländern zu verbessern bzw. zu intensivieren. Es soll daneben auch der Dialog mit großen Verbraucherländern gefördert werden. Die deutsche Bundesregierung hat sich – in Übereinstimmung mit vielen weiteren EU-Mitgliedstaaten – dafür ausgesprochen, dass die EU in Energieaußenfragen einheitlich sprechen soll. Weitere außenpolitische Elemente spielen zur Etablierung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik eine große Rolle: Die Verankerung der Energiezusammenarbeit der Europäischen Union und Russlands, die Ausdehnung der Energiegemeinschaft mit Südosteuropa sowie voraussichtlich die Einrichtung eines Netzwerkes von Energie-Sicherheitskorrespondenten und die Entwicklung einer verbesserten Zusammenarbeit bei Versorgungskrisen.
- Energiesparmaßnahmen
- *Die Verbesserung der Energieeffizienz:* Die effiziente Nutzung von Energie soll schwerpunktmäßig im Gebäude- und Verkehrssektor vorangetrieben werden. Wichtige Aspekte sind beispielsweise auch wirksame Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs bei Standby-Geräten. Außerdem sollen Verbraucher für einen verantwortlichen Umgang mit Energie sensibilisiert werden. Energieeffizienz wird aber nicht nur während der deutschen EU-Präsidentschaft ein wichtiges Thema sein. Im Zuge seiner Doppelpräsidentschaft fördert Deutschland auch bei den G8-Treffen einen internationalen Dialog über Energieeffizienz.
- EU als Vorreiter in Technologie und Innovation
- *Forschung im Energie- und Klimabereich:* Die Entwicklung von ressourcenschonenden und energieeffizienten Technologien, zum Beispiel moderne saubere Kraftwerkstechnik für Kohle, soll in der EU gefördert werden. Außerdem will Deutschland in der EU Innovation, Forschung und Entwicklung im Hinblick auf emissionsarme Technologien stimulieren. In ihrer Regierungserklärung vom 1. März 2007 erklärte Bundeskanzlerin Merkel, im Bereich des Klimaschutzes eine weltweite Technologie- und Innovations-Führerschaft der EU anzustreben und Europa weltweit zum Vorreiter und Vorbild zu machen.

#### 4. Erfolgsperspektiven der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Uneinigkeit in Detailfragen

Fragt man nach den Erfolgsaussichten für Deutschlands Ambitionen, im Rahmen seiner Präsidentschaft die EU an eine integrierte Energiepolitik heranzuführen, so muss die Antwort verhalten ausfallen. Nach dem Gipfel der EU-Wirtschaftsminister am 15. Februar 2007 stehen die Zeichen auf kräftigen Gegenwind, der aus Osteuropa und Frankreich, teilweise mit deutscher Rückendeckung, kommt. Dass Schwierigkeiten bei der Einigung über energie- oder klimapolitische Detailfragen auftreten, hat sich während der Vorbereitungen zum EU-Gipfel bereits abgezeichnet. So sind EU-interne Widerstände gegenüber genauen und verpflichtenden Zielvorgaben, wie sie Deutschland etwa beim Klimaschutz oder bei der Nutzung von erneuerbaren Energien plant, zu erwarten.

Weitere Hindernisse gibt es bei den geplanten Maßnahmen zur Vollendung des EU-Binnenmarktes für Gas und Strom. So haben Paris und Berlin in Reaktion auf das Energiepaket der EU-Kommission bereits Widerstand gegen die mögliche Entflechtung der großen Energieversorger angekündigt. Seite an Seite mit Frankreich steht Deutschland vielen Maßnahmen zur Beschleunigung der Marktliberalisierung wie zum Beispiel der von der Kommission geplanten eigentumsrechtlichen Trennung des Netzbetriebes äußerst skeptisch gegenüber. Die Gründe liegen in nationalen Überlegungen: Beide fürchten um die Spitzenpositionen ihrer heimischen Energiegroßunternehmen im europäischen Energiemarkt.

Paris und Berlin bremsen beim Energiebinnenmarkt

Ebenso ist kaum zu erwarten, dass diejenigen Mitgliedstaaten, welche strategische Reserven angelegt haben, einer innereuropäischen „Solidaritätsvereinbarung“ bei der Gasversorgung zustimmen werden. Dies wird von Polen und den baltischen Staaten, deren Erdgasversorgung zu zwei Drittel oder mehr von Russland abhängt, eingefordert.

Darüber hinaus wirken zwei allgemeine Tendenzen der Verwirklichung einer wahrhaften EU-Energiepolitik entgegen. Dies sind die mangelnde Bereitschaft der Mitgliedstaaten, im Energiebereich Kompetenzen an die EU zu übertragen und der Vorrang von nationalen Interessen. Ersteres gilt insbesondere für die Bestimmung des Energiemixes, den nach geltendem EU-Gemeinschaftsrecht jeder Mitgliedstaat selbst wählen kann.

Beeinträchtigungsfaktoren für eine EU-Energiepolitik

Da die EU über keine eigenen energiepolitischen Kompetenzen verfügt, muss sie ihre Maßnahmen, beispielsweise zum Erreichen des Energiebinnenmarktes, bisher auf der Basis der EU-Zuständigkeit für Binnenmarkt, Wettbewerb und Umwelt stützen. Erst mit dem „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ würden mit Artikel III-256 erstmals Bestimmungen zum Bereich Energie ins Primärrecht aufgenommen werden. Da die Zukunft des Verfassungsvertrages derzeit unklar ist, bleibt auch die Verankerung von Energiepolitik als internem Politikbereich der EU vorerst unvollendet – und die EU damit ohne umfangreiche energiepolitische Kompetenzen. Deutschlands Bestrebungen, den Verfassungsprozess wieder in Gang zu setzen, sind daher auch aus dieser Perspektive zu begrüßen. Wie die aktuelle Lage jedoch zeigt, dürfen keine allzu hohen Erwartungen auf eine baldige Lösung der offenen Verfassungsfrage gehegt werden. Umso mehr bleibt die Kommission im Energiebereich damit bis auf weiteres auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten angewiesen. Ohne deren Zustimmung können die ehrgeizigen Pläne, eine EU-Energiepolitik zu schaffen, nicht Realität werden.

EU ohne Kompetenzen

Hinderlich ist auch, dass sich kaum ein EU-Staat bei einem strategischen Thema wie Energiepolitik zu sehr von Brüssel dominieren lassen will. Die Mitgliedstaaten wehren sich dagegen, sich in Energiefragen von der EU das Zepter aus der Hand nehmen zu lassen. Dies zeigen die immer wiederkehrenden Erklärungen, dass die Entscheidung über die Energieerzeugung und -versorgung allein Sache der Mitgliedstaaten sei. Letztendlich sind die energiepolitischen Vorhaben auf EU-Ebene nur dann durchführbar, wenn alle Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen und bei den Kommissionsplänen grünes Licht geben, indem sie sich auf konkrete Maßnahmen und verbindliche Zielvorgaben einlassen.

Störfeuer aufgrund nationaler Bedenken

Hinsichtlich der vollständigen Öffnung der europäischen Gas- und Strommärkte gerät dies nach jüngsten Entwicklungen zu einem schwierigen Unterfangen. Denn in

Deutsche Bedenken bei  
Trennung von Netz und  
Vertrieb

der Energiewirtschaft zeichnen sich Konflikte zwischen den Bestrebungen auf europäischer Ebene und den Ansprüchen auf nationaler Ebene ab. Gegen die Energie- und Klimapläne aus Brüssel sträuben sich vielfach nicht nur vehement die betroffenen Energiekonzerne, sondern auch die Politik – gerade auch aus Deutschland.

So sollen bei den großen Energieunternehmen, die sich in Deutschland den Markt aufteilen, entweder durch Enteignung oder durch eine Kontrollinstanz in den Konzernen Energieherstellung und deren gleichzeitiger Vertrieb entflochten werden. Die deutsche Bundesregierung steht diesem „ownership unbundling“ sehr kritisch gegenüber. Aus deutscher Sicht ist das Vorhaben der Kommission, die Energieunternehmen zum Verkauf ihrer Netze zu zwingen, zudem auch aus verfassungsrechtlichen Gründen bedenklich. Als dritte Option könnte nach Vorstellung der Kommission eine EU-Netzagentur diesen Konflikt lösen. Zusätzlicher Widerstand aus Deutschland kam im Vorfeld des Gipfels auch gegen die Festlegung von Grenzwerten beim Kohlendioxid-Ausstoß von Autos, da dies vor allem den heimischen großen Herstellern wie BMW oder Mercedes-Benz zu schaffen machen würde.

Ausbau der  
Kernenergienutzung  
in der EU?

Ein weiteres Beispiel ist der deutsche Beschluss zum Ende der Kernenergienutzung. Dieser könnte aus europäischer Perspektive insofern problematisch werden, als dass der Atomenergie nach Auffassung der EU-Kommission und vieler EU-Mitgliedstaaten in der Klimaschutzpolitik künftig eine bedeutendere Rolle zukommen wird. Als klarer Vorteil der Atomkraftnutzung wird gesehen, dass sie dazu beitragen könnte, die Emissionsziele zu erreichen und die Gasabhängigkeit zu reduzieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel muss sich in Brüssel mit dieser Frage nun auseinandersetzen. Ihre Partei plädiert zwar für eine (Weiter-) Nutzung der Atomkraft in Deutschland und Europa, gleichzeitig wird aber der beschlossene Atomausstieg gemäß den Vereinbarungen der aktuellen Großen Koalition nicht angetastet. Das bedeutet für Merkel nichts anderes, als einen Balanceakt zu vollbringen, der weder die klimapolitischen Bestrebungen der EU beeinträchtigt, noch die divergierenden Haltungen zur Atomkraft im eigenen Land und in ihrer Regierungskoalition außer Acht lässt.

Deutschland ist Teil  
des Problems

An diesen Beispielen wird die schwierige, beinahe groteske, Situation deutlich, in der sich Deutschland beim Thema Energie mittlerweile befindet: Als EU-Vorsitzende ist die Regierung Merkel gefragt, das vor einem Jahr initiierte Projekt einer aus Brüssel koordinierten Energiepolitik weiter voranzutreiben. Die deutsche Präsidentschaft hat die Aufgabe, in strittigen Fragen unter den EU-Mitgliedern nach Lösungen zu suchen und zwischen gegensätzlichen Positionen durch Kompromissvorschläge zu vermitteln. Gleichzeitig steht sich Deutschland wegen seiner Haltung bei der Verwirklichung einer integrierten EU-Energiepolitik selbst im Weg. Auch wenn sich Angela Merkel dafür einsetzt, darf und wird sie die politischen Befindlichkeiten in Berlin und die Besonderheiten ihres Landes nicht gänzlich aus dem Blick verlieren. Damit wird Deutschland in einigen Fragen Teil einer Problematik, über die sich der Europäische Rat – unter deutschem Vorsitz – einig werden muss.

Am Verhalten mancher EU-Mitgliedstaaten in sensiblen Fragen der Energiepolitik spiegeln sich des Weiteren Anzeichen vom Vorrang nationaler Bedürfnisse bzw. die Zweitrangigkeit von EU-Interessen wider – eine Grundtendenz, die in Berlin wie auch in weiteren europäischen Hauptstädten zu beobachten ist. Empfindlichkeiten unter den Mitgliedstaaten kamen schon im vergangenen Jahr 2006 im Zuge der

Übernahmeversuche nationaler Energiechampions zum Vorschein. Spaniens Energieversorger Endesa etwa wehrt sich nach wie vor gegen seine Übernahme durch E.on. Aber auch der bilaterale Sonderweg, den Deutschland mit der geplanten Ostseepipeline geht, steht dem Vorhaben einer europäischen Energiepolitik im Weg. Die politische Realität zeigt also, dass ungeachtet aller Ambitionen wie sie auf dem Papier stehen, manch politischer Spagat notwendig sein wird, um den Prozess hin zu einer europäischen Energiepolitik in Gang zu halten.

Solange bei den EU-Mitgliedstaaten nationale Vorbehalte existieren, ist eine in Brüssel koordinierte Energiepolitik nicht realisierbar. Die Erfolgsaussichten auf einen bedeutenden Schritt in der Energiepolitik nach vorne werden daher in hohem Maße von der Fähigkeit abhängig bleiben, dass die EU-Mitgliedstaaten in den zentralen Punkten der Energiepolitik an einem Strang ziehen. Eine Politik des „kleinsten gemeinsamen Nenners“, das heißt möglicherweise ohne die Vereinbarung und Realisierung verbindlicher Ziele, ist jedoch nicht ausreichend, um Europa auf die Herausforderungen der Energiezukunft angemessen und nachhaltig vorzubereiten.

C·A·P

Centrum für angewandte

Politikforschung

© 2007

Maria-Theresia-Str. 21

81675 München

Telefon 089 · 2180 1300

Telefax 089 · 2180 1320

E-Mail [redaktion@cap-lmu.de](mailto:redaktion@cap-lmu.de)

[www.cap.lmu.de](http://www.cap.lmu.de)

---